

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Warum mehr Preisstabilität als im Ausland?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1975) : Warum mehr Preisstabilität als im Ausland?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 2, pp. 92-94

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134784>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Warum mehr Preisstabilität als im Ausland?

Günter Großer, Hamburg

Während sich im Ausland die ohnehin hohen Inflationsraten von 1973 auf 1974 vielfach annähernd verdoppelten, hat sich die Rate in der Bundesrepublik – trotz Ölpreisexplosion – kaum noch erhöht. Sind etwa in der Bundesrepublik die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundbedingungen sehr viel stabilitätsfördernder als anderswo?

In der Diskussion um Erfolg oder Mißerfolg der Inflationsbekämpfung in der Bundesrepublik erfährt der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 1974 um 7,0 % zwei völlig entgegengesetzte Wertungen. Die einen weisen darauf hin, daß dies die höchste Teuerungsrate seit dem Inflationsstoß im Jahre 1951 nach Ausbruch des Koreakrieges sei. Die anderen betonen demgegenüber, daß sich damit die private Lebenshaltung in der Bundesrepublik nur etwa halb so stark verteuert habe wie im Durchschnitt der anderen westlichen Industrieländer.

Relativierung der Preisstabilität

Realistisch betrachtet war Preisstabilität, eines der wirtschaftspolitischen Grundziele, in der Nachkriegszeit wohl niemals als absolute Fixierung des Preisniveaus zu verstehen; diese gelang jedenfalls, gemessen am Verbraucherpreisindex, in der Bundesrepublik zuletzt 1954. Vielmehr ging es im Grunde immer nur um die Begrenzung des Preisanstiegs auf ein Maß, das im Rahmen der vermuteten gesellschaftlichen Toleranzgrenzen blieb. Sie aber haben sich in den siebziger Jahren als viel flexibler erwiesen als vorher angenommen. Hierzu hat sicherlich auch die Gewöhnung daran beigetragen, daß die Inflationsraten im Ausland in der Regel über diejenigen in der Bundesrepublik hinausgingen.

Im Zeitraum von Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre, der etwa die Spanne der weltwirtschaftlich relativ unproblematischen Nachkriegszeit umreißt, lag der durchschnittliche jährliche Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik nur wenig über 2%. Ein gleiches Maß an Stabilität fand sich damals lediglich in den USA, während die Raten in den meisten anderen Industrieländern zwischen 3 und 4% erreichten, in „Spitzenjahren“ auch schon einmal zwischen 5 und 7%. Vor diesem Hintergrund führte in der

Bundesrepublik 1966 nicht zuletzt ein zeitweiliger Anstieg der Inflationsrate auf 4,5% zu der innenpolitischen Vertrauenskrise, die den damaligen Bundeskanzler Erhard zum Rücktritt veranlaßte.

Ausscheren aus dem Inflationsgleichschritt

Ab 1969 begann dann die Phase einer nachhaltig beschleunigten Inflation in den westlichen Industrieländern, die schließlich im vergangenen Jahr auch die Preissteigerungen des Jahres 1951 in den Schatten stellte. Zeitweise schien es jetzt so, als werde auch die Bundesrepublik ihre Rolle als „Insel relativer Stabilität“ nicht länger spielen. Ihre Inflationsrate, seit 1968 ständig steigend, erreichte Anfang der siebziger Jahre sogar den internationalen Durchschnitt. Auch bei einem Vergleich, der sich auf die westeuropäischen Volkswirtschaften beschränkt, war das Bild nicht sehr viel günstiger. 1973 begann sich die Bundesrepublik dann wieder aus dem internationalen Inflationsgleichschritt zu lösen, als sich der Preisauftrieb im Ausland erheblich beschleunigte. Aber erst 1974 wurde ihr Stabilitätsvorsprung so groß, daß ihm wieder fundamentaler Charakter wie in den fünfziger und sechziger Jahren zugemessen wurde. Dabei blieb die Bundesrepublik das einzige Industrieland, das auf direkte Preiskontrollen verzichtete (vgl. Tab. 1).

Bei einem Vergleich der Preisindizes des Brutto-sozialprodukts, die die Importe ausklammern und nur den inländischen Beitrag zum Gesamtangebot berücksichtigen, wird ganz deutlich, daß die Bundesrepublik 1970 und 1971 die durchschnittliche Inflationsrate der anderen Industrieländer zeitweilig sogar überschritt, sich aber danach wieder weit

Günter Großer, 42, Dipl.-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Tabelle 1
Entwicklung der Verbraucherpreise
(Jährlicher Anstieg in %)

Land	1970	1971	1972	1973	1974 a)
Belgien	3,9	4,3	5,5	7,0	12,7
BR Deutschland	3,4	5,3	5,5	6,9	7,0
Frankreich	5,2	5,5	5,9	7,3	13,7
Großbritannien	6,4	9,4	7,1	9,2	16,0
Italien	5,0	4,8	5,7	10,8	19,0
Japan	7,7	6,1	4,5	11,7	23,0
Niederlande	4,4	7,6	7,8	8,0	9,5
Österreich	4,4	4,7	6,3	7,6	9,5
Schweden	7,0	7,4	6,0	6,7	10,0
Schweiz	2,6	3,5	6,6	6,7	9,8
USA	5,9	4,3	3,3	6,2	11,0
Industrieländer insgesamt b)	5,7	5,2	4,6	7,7	14,0
Westeuropäische Industrieländer insgesamt b)	4,7	6,0	6,1	7,9	14,0

a) Teilweise geschätzt; b) aufgeführte Länder, gewichtet mit Sozialprodukt und Wechselkursen von 1973.

Quelle: OECD, nationale Statistiken und eigene Schätzungen.

davon absetzte. Auch absolut gesehen hat sich der Preisanstieg für das Bruttosozialprodukt von fast 8 % im Jahre 1971 auf 6 bis 6 1/2 % in den folgenden Jahren zurückgebildet.

Wie die Preisentwicklung zu Beginn der siebziger Jahre erkennen läßt, ist es keineswegs selbstverständlich, daß die Bundesrepublik mehr Preisstabilität aufweist als die anderen Industrieländer. Wenn es aber in den letzten beiden Jahren gelang, wieder den mit Abstand untersten Platz auf der Inflationsskala zu erreichen, dann stellt sich doch die Frage nach den Gründen. Sind etwa in der Bundesrepublik die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundbedingungen so viel mehr stabilitätsförderlich als anderswo? Welche Rolle spielt die Wirtschaftspolitik? Schon die allgemeine Diskussion über Inflationsursachen macht allerdings deutlich, daß auf die gestellte Frage keine exakte Antwort möglich ist, sondern nur Überlegungen zu bestimmten Aspekten angestellt werden können.

Als erster Ansatzpunkt bietet sich die Entwicklung des wichtigsten Kostenfaktors an: Die Lohnkosten je Produkteinheit sind in den siebziger Jahren in

allen führenden Industrieländern außer den USA rascher als vorher gestiegen, teils wegen nachlassender Produktivitätssteigerungen, vor allem aber wegen der Verstärkung des Lohnauftriebs. Die erneute sprunghafte Beschleunigung des Lohnkostenanstiegs im vergangenen Jahr blieb jedoch allein in der Bundesrepublik weitgehend aus. Dabei war der „Umverteilungserfolg“ zugunsten der Arbeitnehmer keineswegs geringer; dies läßt jedenfalls die relative Entwicklung von Lohnkosten und Preisindex des Bruttosozialprodukts vermuten. Darin wird in der Bundesrepublik eine weitgehende wirtschaftspolitische Einengung der Überwälzungsspielräume sichtbar (vgl. Tab. 2).

Aufwertung bremste Einfuhrverteuerung

Der zweite Kostenfaktor, der 1973/74 „explodierte“, waren die Importaufwendungen. Dazu trugen vor allem die außerordentlichen Preiserhöhungen für Rohöl, aber auch für andere Rohstoffe sowie schließlich im Handel mit Halb- und Fertigwaren bei. Die Durchschnittswerte der Einfuhr stiegen in der Bundesrepublik 1973 um 5 % und 1974 um 26 %, nachdem sie vorher sogar mehrere Jahre lang gesunken waren. Dem standen im vergangenen Jahr aber Einfuhrverteuerungen in heimischer Währung von rd. 50 % in Frankreich, Großbritannien und den USA sowie etwa 75 % in Italien und Japan gegenüber. Bei diesen Unterschieden spielen sicherlich abweichende Einfuhrstrukturen eine Rolle.

Erheblichen Einfluß hatten aber auch Wechselkursänderungen: Während in den genannten europäischen Volkswirtschaften und Japan im Jahresdurchschnitt 1974 effektive Abwertungen zwischen 4 und 10 % erfolgten, ergab sich für die D-Mark eine Aufwertung um 6 %¹⁾. Für den gesamten Zeitraum seit dem Herbst 1969 errechnet sich eine Höherbewertung der D-Mark von annähernd 40 %, für die Währungen der anderen Länder außer Japan dagegen eine merkliche Verringerung des Außenwerts. Hier wird deutlich, wie sehr die Ver-

¹⁾ Gemessen gegenüber den an der Frankfurter Börse amtlich notierten 16 Währungen.

Tabelle 2
Preise und Kosten in den wichtigsten Industrieländern
(Jährlicher Anstieg in %)

Land	Verbraucherpreise			Preisindex des BSP			Lohnkosten je Produkteinheit		
	1966-69	1970-73	1974 a)	1966-69	1970-73	1974 a)	1966-69	1970-73	1974 a)
BR Deutschland	2,2	5,3	7,0	2,5	6,7	6,5	2,3	8,8	9,0
Frankreich	4,1	6,0	13,7	4,6	5,9	12,0	4,6	7,0	14,0
Großbritannien	4,1	8,0	16,0	4,1	9,1	13,0	3,7	8,7	16,0
Italien	2,4	6,6	19,0	2,7	7,4	16,0	2,7	11,5	18,0
USA	3,8	4,9	11,0	3,6	4,7	10,2	5,0	4,7	11,0
Japan	4,9	7,5	23,0	4,2	7,1	26,0	3,1	9,9	27,0

a) Teilweise geschätzt. Quelle: OECD, DIW, nationale Statistiken und eigene Schätzungen.

schiebung der Wechselkursrelationen die Bundesrepublik gegenüber dem Preisaufrtrieb im Ausland abgeschirmt hat.

Die Höhe der D-Mark-Aufwertung im Laufe der letzten sechs Jahre ist einmal daraus zu erklären, daß sich offenbar bis Ende der sechziger Jahre — nicht zuletzt als Folge der deutschen Rezession von 1966/67 — ein erheblicher Kostenvorsprung der Bundesrepublik herausgebildet hatte. Der weitere Gewinn von Weltmarktanteilen trotz aufwertungsbedingt eher überdurchschnittlicher Verteuerung gegenüber ausländischen Produkten deutet aber auch auf die Wirksamkeit von Nicht-Preisfaktoren hin. Dazu zählt einerseits ein günstiges Ausfuhrsortiment, zum anderen aber sicherlich auch die von Arbeitskonflikten viel weniger als in anderen Ländern beeinträchtigte Zuverlässigkeit als Lieferant. In den letzten beiden Jahren hat dann schließlich die eher als in anderen Ländern von der restriktiven Wirtschaftspolitik ausgelöste Abschwächung der Inlandsnachfrage die deutschen Produzenten auch hinsichtlich ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Lieferfristen begünstigt.

Floating erlaubt Stabilitätspolitik

Letztlich wird bei allen Überlegungen über die Ursachen unterschiedlicher Inflationsraten immer wieder die Schlüsselrolle der Wirtschaftspolitik deutlich. Dabei waren allerdings die Möglichkeiten der einzelnen Länder, einen eigenen Kurs zu verfolgen, erheblich eingeengt, solange das System fester Wechselkurse galt. Auch die Annäherung der Bundesrepublik an den internationalen Inflationsgleichschritt zu Beginn der siebziger Jahre muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Wie sehr ihre Handlungsfreiheit eingeengt war, zeigen die außerordentlich hohen Devisenzuflüsse in jener Zeit. Sie waren der wichtigste Gegenposten zu den großen amerikanischen Zahlungsbilanzdefiziten, die damals der Weltinflation entscheidende Impulse gaben. Nach dem Übergang zum Floating gegenüber dem Dollar im Frühjahr 1973 nutzten dann die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Bundesrepublik entschlossen ihre wieder vergrößerte Autonomie zur entschiedenen Bekämpfung der Inflation. In anderen Ländern wurde zwar die Geldpolitik auch bald restriktiver, aber umfassende Programme wie in der Bundesrepublik folgten erst sehr viel später, so etwa in Frankreich und Italien im Frühsommer 1974.

Dieser Vorsprung in der Inflationsbekämpfung erwies sich in der Bundesrepublik als von entscheidender Bedeutung, als es im Herbst 1974 zur Ölpreisexplosion kam. Über die unmittelbare, kalkulierbare Anhebung des Preisniveaus in den Industrieländern hinaus stimulierte die Verschiebung

der Preisrelationen im Außenhandel und die entsprechende Minderung der inländischen Realeinkommen den Verteilungskampf in den Industrieländern; es kam zu der raschen „Aufschaukelung“ von Preisen und Löhnen. In keinem Land aber stieß dieser Impuls auf bereits so wirksame restriktive Rahmenbedingungen wie in der Bundesrepublik. So gelang es, die Kosten- und Preisimpulse der Ölverteuerung auf ein Minimum zu begrenzen.

Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob nicht in der Bundesrepublik die konjunkturelle Reagibilität von Preisen und Löhnen — so mäßig sie auch für sich genommen sein mag — merklich größer ist als in anderen Ländern. Dafür könnte einmal ein möglicherweise höherer Wettbewerbsgrad auf den Warenmärkten sprechen, der nicht zuletzt durch die vergleichsweise liberale Einfuhrpolitik gefördert worden ist. Zum andern vermeidet auf dem Arbeitsmarkt das Organisationsprinzip der Industriegewerkschaften den Profilierungszwang, der im Ausland durch die Konkurrenz von Berufsgewerkschaften bzw. politischen Richtungsgewerkschaften hervorgerufen wird. Wichtiger aber dürfte sein, daß die Entschlossenheit der wirtschaftspolitischen Instanzen, einen restriktiven Kurs zur Bekämpfung der Inflation durchzuhalten, offenbar höher eingeschätzt wird als im Ausland.

Grenzen wirtschaftspolitischer Autonomie

Die Vergrößerung der wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit durch den Übergang zum Floating war auch in diesem Zusammenhang von ausschlaggebender Bedeutung für die Möglichkeit, so weit hinter dem internationalen Inflationsstempo zurückzubleiben. Aber der Spielraum für eine restriktive Politik darf wiederum auch nicht überschätzt werden. Zumindest kurzfristig bestimmt nämlich das dabei entstehende internationale Konjunkturgefälle die Entwicklung des Außenhandels und seiner Salden stärker als die ausgelöste Verschiebung der Währungsrelationen; das unterstreicht die sprunghafte Erhöhung des deutschen Ausfuhrüberschusses im vergangenen Jahr.

Auch wenn daraus bei Floating keine internationalen Liquiditätsprobleme entstehen, so bedeuten die Saldenverschiebungen doch Beschäftigungsverschiebungen. Dies aber setzt eine Regierung, die einer stärkeren Stabilitätsorientierung als das Ausland folgt, zunehmendem Druck anderer Regierungen aus, den restriktiven Kurs aufzugeben; und zwar um so mehr, je ungünstiger sich die Weltkonjunktur entwickelt. Hier wird erkennbar, daß in einer eng verflochtenen Weltwirtschaft wirtschaftspolitische Autonomie — das heißt: die Möglichkeit, eine wirtschaftspolitische Zielkombination eigener Wahl zu verwirklichen — faktisch immer begrenzt sein wird.